

- 5) munist Military Politics", CQ No.37, S.1-30.  
Ebenda, S.24.
- 6) Jürgen Domes, "Die Ära Mao Tse-tung", Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1971, S.201.
- 7) Audrey Donnithorne; China's Economic System, New York-Washington 1967, S.507 ff; ferner dieselbe: "Central Economic Control in China", in Contemporary China, edited by Ruth Adams, New York 1966, S.151-177 (154 ff.)
- 8) Ebenda ("Central Ec. Control"), S.157-167;
- 9) ebenda, S.172.
- 10) Parris Chang, "Decentralization of Power" in Problems of Communism, Jul./Aug. 1972, S.67-75.
- 11) Vgl. dazu die Tabellen von Wolfgang Bartke in C.a. Mai 1972 (Tab.3) (Parteiausschüsse) u. Sept. (Tab.7)
- 12) Ebenda, Juni 1972 (Tab.Nr.4). (Rev.Kom.)
- 13) Näheres in Oskar Weggel, Massenkommunikation in der Volksrepublik China, Band 38 der "Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg", Hamburg 1970, S.25 ff.
- 14) Victor C. Falkenheim, "Continuing Central Predominance" in Problems of Communism, Jul./Aug.1972, S.75-83.
- 15) Näheres hierzu mit Nachweis Oskar Weggel "The P.L.A. in the Cultural Revolution, Grassroots-level-Organization and Mass-Work" in Revue du Sud-Est Asiatique et de l'Extreme Orient, 1969, No.2,S.243-254.
- 16) Harvey Nelsen, "Military Forces in the Cultural Revolution", CQ No.51, S.444-474 (455).
- 17) Radio Honan CNA Nr.751, S.4.
- 18) Nelsen, a.a.O., S.460.
- 19) Ebenda, S.466.
- 20) Art.49 der Verfassung von 1954; Art.20 des Verfassungsentwurfs von 1970.
- 21) Näheres hierzu Oskar Weggel, "Kontrolle in der Volksrepublik China" in Verfassung und Recht in Übersee 1971, S.393 bis 414 (407 f.).
- 22) Donnithorne, "Economic System", a.a.O., S.471.
- 23) Falkenheim, a.a.O., S.81 ff.
- 24) Weggel, Kontrolle..., a.a.O., S.395.
- 25) Zu den Studienkursen des Marxismus vgl. C.a. August 1972, S.25 ff.
- 26) Zu den "Kaderschulen des 7. Mai" vgl. C.a. Mai 1972, S.25 ff.
- 27) Weggel, Kontrolle a.a.O., vgl. dort die Ausführungen über innere und äußere Kontrolle, S.395 ff.

#### PEKINGS INDOCHINA-POLITIK AM VORABEND DES WAFFENSTILLSTANDES

Angesichts des allgemeinen Tauwetters in den internationalen Beziehungen scheint der Krieg in Vietnam zu einem geradezu fossilen Anachronismus geworden zu sein. Seine Anfänge gehen für den durchschnittlichen Beobachter in graue Vorzeiten zurück, und man begreift nur schwer, weshalb er eigentlich auch heute noch andauert, obwohl doch inzwischen der alte Ost-West-Gegensatz längst einem Polyzentrismus gewichen ist, obwohl ferner Peking inzwischen aus seiner Isolierung herausgetreten ist, Nixon seine Besuche in Moskau und China durchgeführt hat, Nord- und Südkorea sich an den Verhandlungstisch gesetzt und die BRD sowie die DDR ihre gegenseitigen Beziehungen durch Verhandlungen abgesteckt haben.

Vor allem die mittelbar oder unmittelbar beteiligten Großmächte haben sich dieser Frage zu stellen, und es ist kein Zweifel, daß sie alle an einer möglichst raschen Beendigung des Indochinakrieges interessiert sind.

- Am dringendsten herrscht dieser Wunsch aufseiten der USA vor, die nun schon länger im Vietnamkonflikt verwickelt sind als je in irgendeinem anderen Krieg der amerikanischen Geschichte, die ferner auf dem Kriegsschauplatz 45 000 Menschen und überdies ihren moralischen Ruf verloren haben. 6,2 Mio. t Bomben (im Zweiten Weltkrieg waren es 2 Mio. t) haben das Blatt nicht wenden können, zumal der Krieg nun auch die Innenpolitik Washingtons in Mitleidenschaft gezogen hat: Was der spanische Krieg für die Väter, war der Vietnamkrieg für die Jugend; die amerikanische Regierung bekam diesen Protest zu spüren, und ein Präsident mußte sich sogar vor ihm zurückziehen.

Im Rahmen der "Vietnamisierung" des Krieges galt es deshalb, möglichst schnell einen "ehrenhaften Verhandlungsfrieden" als Minimalziel anzustreben. Nixon wählte dazu eine dreifache Strategie: Er begann zunächst, seine Fühler nach Moskau und Peking auszustrecken, ließ gleichzeitig die Bombenangriffe über Nordvietnam wiederaufleben und bot schließlich Hilfe beim Wiederaufbau Vietnams an, in der - von moralischen Einsichten flankierten - Erkenntnis, daß Wirtschaftshilfe immer noch billiger sein wird als die weitere Fortsetzung des Krieges.

- Auch Moskau, der Hauptwaffenlieferant Hanois, wünscht möglichst bald Frieden. Denn Hauptgegner in Asien ist heute nicht mehr Amerika, sondern China. Moskau hatte den Angriff Nordvietnams auf den Süden im März dieses Jahres mißbilligt, wenngleich es seinen Tadel nicht offen zum Ausdruck brachte. Immerhin bringt der Vietnamkrieg nach wie vor gewaltige wirtschaftliche Lasten mit sich, ohne daß noch wesentlicher politischer Profit dabei herauskäme.

- Auch für China schließlich kommt der Krieg immer teuer zu stehen. Peking deckt nicht weniger als 20% des nordvietnamesischen Kriegsbedarfs. Alles in allem hat es sich seit dem Ende der fünfziger Jahre in Vietnam mit nicht weniger als rd. 3 Mrd. DM engagiert (1), eine Summe, die für ein selbst noch im Entwicklungsprozess stehendes Land bis an den Rand der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit geht. Überdies sind seit der Verminung nordvietnamesischer Häfen im Mai 1972 die beiden südchinesischen Bahnverbindungen nach Vietnam permanent überlastet, ein Umstand, der gerade im wirt-

schaftlich rückständigen Süden auf die verkehrsmäßige Infrastruktur nicht ohne spürbare Auswirkungen ist. So kam es, daß die VRCh in ihrer Regierungserklärung vom 30. Oktober 1972 (2) auf möglichst baldige Unterzeichnung des seit einigen Wochen ausgehandelten "Neun-Punkte-Abkommens" drängte, das zur Beendigung der Kampfhandlungen führen sollte.

Früher hatte sich Peking bei seinen Empfehlungen für eine Lösung der Probleme in Südvietnam stets auf den Sieben-Punkte-Vorschlag der provisorischen Revolutionsregierung von Südvietnam vom 1. Juli 1971 gestützt (3). Neuerdings beruft es sich nun auf das "Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam", wie es am 26. Oktober 1972 durch Radio Hanoi bekanntgegeben worden ist. Dieser Entwurf sei, von Washington einerseits und von Hanoi sowie der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam andererseits, in Paris ausgehandelt worden. Die VRCh unterstütze entschieden die in diesem Dokument zum Ausdruck kommenden Vereinbarungen. Erstmals in einer Regierungserklärung erwähnt Peking damit offiziell die Pariser Verhandlungen, zu denen es seit 1968 kühle Distanz gewahrt hatte.

Die Regierungserklärung geht nicht näher auf den Inhalt der Vorschläge ein, und sie beantwortet auch nicht die Frage, ob China sich an einer neuen Konferenz über Indochina beteiligen möchte. Zu dieser Frage nahm aber Chou En-lai in einem Gespräch mit skandinavischen Journalisten am 9. November positiv Stellung.

Die Erklärung der Regierung der DRV zu den Verhandlungen über das Vietnam-Problem, die am 26. Oktober von Hanoi abgegeben worden war (4), enthält eine Zusammenfassung der Vereinbarungen in neun Hauptpunkten:

1. Die USA respektieren die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams, wie sie durch die Genfer Abkommen von 1954 anerkannt wurden.
2. 24 Stunden nach der Unterzeichnung des Abkommens wird in ganz Südvietnam ein Waffenstillstand in Kraft treten. Innerhalb von 60 Tagen werden die USA und ihre Verbündeten ihre Truppen, Waffen und Berater vollständig aus Südvietnam abziehen.
3. Die Kriegsgefangenen werden gleichzeitig mit dem Abzug der amerikanischen Truppen entlassen.
4. Für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der südvietnamesischen Bevölkerung sollen folgende Prinzipien gelten:
  - freie Wahlen unter internationaler Aufsicht, wobei die südvietnamesische Bevölkerung über die politische Zukunft Südvietnams entscheiden soll;
  - ein administratives Organ aus drei gleichen Teilen - ein "Nationaler Versöhnungsrat" - wird gebildet, um die Durchführung des unterzeichneten Abkommens durch die Provisorische Revolutionsregierung

der Republik Südvietnam und die Regierung der Republik Vietnam zu fördern und allgemeine Wahlen zu organisieren. Die beiden südvietnamesischen Seiten werden über die Bildung von Räten auf den unteren Ebenen beraten. Die Frage der vietnamesischen Streitkräfte in Südvietnam wird im Geiste der nationalen Versöhnung und Eintracht, der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung, ohne ausländische Einmischung und in Übereinstimmung mit der Nachkriegssituation von den beiden südvietnamesischen Seiten geregelt. Die beiden südvietnamesischen Seiten werden so schnell wie möglich ein Abkommen über die inneren Angelegenheiten Südvietnams unterzeichnen.

5. Die Wiedervereinigung Vietnams wird Schritt für Schritt durch friedliche Mittel verwirklicht.
6. Eine gemeinsame Militärkommission der vier Parteien (Nordvietnam, Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam, Regierung der Republik Vietnam und USA) und eine gemeinsame Militärkommission der beiden vietnamesischen Seiten werden gebildet. Eine internationale Kommission zur Kontrolle und Aufsicht wird eingerichtet. Innerhalb von 30 Tagen nach der Unterzeichnung der neun Punkte wird eine internationale Garantie-Konferenz über Vietnam einberufen.
7. Die Souveränität des kambodschanischen und des laotischen Volkes und ihre Souveränität, wie sie in den Genfer Abkommen über Indochina 1954 und in den Genfer Abkommen über Laos 1962 anerkannt sind, werden streng respektiert. Die inneren Angelegenheiten von Kambodscha und Laos müssen ohne fremde Einmischung von den Völkern dieser Länder selbst geregelt werden. Die zwischen den drei Ländern Indochinas bestehenden Probleme müssen von den indochinesischen Seiten geregelt werden, und zwar auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz.
8. Die Vereinigten Staaten werden einen Beitrag zur Heilung der Kriegswunden und zum Nachkriegsaufbau der DRV und in ganz Indochina leisten.
9. Zeitplan (.....)

Eigentlich sei die amerikanische Seite, wie in der chinesischen Regierungserklärung vom 30. Oktober betont wird, bereits am 26. Oktober zur Unterzeichnung des Abkommens verpflichtet gewesen, doch habe sie - mit dem Hinweis auf Schwierigkeiten in Saigon - immer wieder auf Verschiebung gedrängt - eine billige Ausrede: Denn die "Saigoner Administration ist bekanntlich von den Vereinigten Staaten zusammengeschustert worden und wird von ihnen am Leben erhalten. Mit einer von den USA bewaffneten und bezahlten Söldnerarmee ist diese Administration ein Werkzeug zur Reali-

sierung der Politik der Vietnamisierung des Krieges sowie der neokolonialistischen Politik der USA in Verletzung der nationalen Rechte der Bevölkerung Südvietnams" (5).

Der Standpunkt der USA ist hier allerdings etwas vereinfacht dargestellt; denn es sind nicht nur Widerstände in Saigon, sondern auch Stimmen im eigenen Lande, die vor einer übereilten Unterzeichnung warnen.

- Die Schwierigkeiten in Saigon manifestieren sich in Form der vier Bedingungen Van Thieus vom 1. November 1972. Diese lauten:
  1. müßten die nordvietnamesischen Truppen in Südvietnam, die auf 400 000 - 500 000 Mann zu beziffern seien, gleichzeitig mit den amerikanischen Truppen abgezogen werden.
  2. müsse Hanoi die Bestimmung der Genfer Indochina-Vereinbarungen gegen Aggression und Infiltration einhalten, was einschlieÙe, daß es die Existenz von vier Staaten in Indochina anerkenne, nicht nur von drei, und daß es nicht berechtigt sei, Truppen im Süden zu unterhalten.
  3. müsse es seine Pläne für eine "verhüllte Koalitionsregierung" in Saigon fallen lassen, die der Verfassung Südvietnams widersprächen.
  4. schließlich müsse es zulassen, daß die Regierung in Saigon eine politische Lösung mit der Befreiungsfront aushandle (6).

Stellvertretend für andere amerikanische Stimmen sei hier die New York Times zitiert: "Das Regime in Saigon ist verständlicherweise besorgt über die vagen Klauseln für eine politische Regelung in Südvietnam .... Die Möglichkeiten eines Bruches des Waffenstillstandes und der politischen Vereinbarungen müssen als sehr groß angesehen werden. Das wahrscheinlichste ist eine anhaltende Periode des politischen Chaos, nachdem der letzte amerikanische Soldat Südvietnam verlassen hat" (7).

Drei Schlüsselprobleme sind es vor allem, die den Regierungen in Washington und Saigon Kopfzerbrechen bereiten:

- a) Das Problem der Kontrolle des Waffenstillstandes:
 

Experten haben, wie der "Spiegel" (8) mitteilt, errechnet, daß zur wirksamen Kontrolle der nordvietnamesischen und Vietkong-Einheit in Südvietnam rd. 12 Armeen neutraler Truppen nötig wären. In Wirklichkeit werden jedoch wohl nur rd. 1000 Mann für die in Art.6 des Neun-Punkte-Abkommens angesprochene Kontrollkommission zur Verfügung stehen, wobei das Kontrollpersonal aus den Ländern Polen, Ungarn, Kanada, Indonesien und vielleicht auch aus Frankreich kommt.

Es wäre Aufgabe dieser Kommission, darüber zu wachen, daß die Repräsentanten der jeweiligen Interessenparteien in den Dörfern nicht selektiv liquidiert werden. Saigon weist in diesem Zusammenhang auf das Vorgehen der Nordvietnamesen gegen Regierungsvertreter in Quang Tri und anderen während

der Frühjahrsoffensive 1972 eroberten Ortschaften Südvietnams hin, müßte sich andererseits freilich auch selbst bei seinem Vorgehen gegenüber vietkongverdächtigen Personen auf die Brust klopfen. Daß die Kommunisten nicht gewillt sind, nach dem Waffenstillstand die Hände in den Schoß zu legen, sondern vielmehr bereits in den letzten Wochen angewiesen wurden, ungeachtet eines Waffenstillstandsabkommens den "Kampf um jeden Bürger und um jeden Zentimeter" fortzusetzen, geht aus einem nordvietnamesischen Dokument hervor, das Anfang November in südvietnamesische Hände fiel (9).

- b) Das Problem der Präsenz nordvietnamesischer Truppen in Indochina:

Es geht hier um die Frage, ob die Regierung in Saigon einen "Leopardenfell-Waffenstillstand" hinnehmen oder ob sie auf Zuteilung größerer "Zonen" zur Umgruppierung drängen (bessere Überwachungsmöglichkeiten für die internationale Kontrollkommission!) oder auf völligem Abzug aller nordvietnamesischen Truppen bestehen soll.

Dieses Problem ist insofern schwer anzupacken, als die Nordvietnamesen leugnen, daß sie überhaupt Truppen auf südvietnamesischem Gebiete stehen haben, und sich deshalb auf eine Formulierung versteifen, derzufolge für sie einzig und allein ein "Waffenstillstand an Ort und Stelle" diskutabel sei.

Wie neuerdings aus südvietnamesischen Kreisen verlautet, sollen in den Neun-Punkte-Vertrag inzwischen geheime Klauseln eingebaut worden sein, denzufolge Hanoi sich verpflichtet, 40 000 seiner Soldaten aus dem Grenzbereich um Quang Tri nach Nordvietnam abzuziehen. Freilich wären dann, wenn man den Zahlenangaben Saigons Glauben schenken darf, immer noch mindestens 350 000 nordvietnamesische Soldaten auf südvietnamesischem Boden!

- c) Das Problem der politischen Funktion des "Nationalen Versöhnungsrates":

Van Thieu fordert, daß seine Regierung durch den "Nationalen Versöhnungsrat" nicht annulliert werden dürfe, sondern bis zu den nächsten Wahlen im Amte bleiben müsse. Nordvietnam hat sich in diesem Punkte konzessionsbereit gezeigt: Dem Nationalen Versöhnungsrat komme keineswegs der Stellenwert einer Regierung zu, sondern er sei lediglich eine "administrative Struktur", die darauf zu achten habe, daß Saigon und die Provisorische Revolutionäre Regierung von Südvietnam den Bestimmungen des Waffenstillstandes nachkommen, und daß ferner die Wahlen ordnungsgemäß durchgeführt werden (10). Es handelt sich bei dem Rat also nur um ein reines "Verwaltungsgremium" und keineswegs um eine Koalitionsregierung, wie sie von Saigon abgelehnt wird.

China hat, wie bereits ausgeführt, in seiner Regierungserklärung vom 30. Oktober zu diesen Problemen keine detaillierte Stellungnahme abgegeben. Trotzdem kann kein Zweifel daran bestehen, daß China die Vorschläge Vietnams im einzelnen schon deshalb aufs lebhafteste begrüßt, weil sie Reminiscenzen an seine eigenen Erfahrungen aus den Jahren 1949 ff. wecken, vor allem, was den vorgeschlagenen "Nationalen Versöhnungsrat" anbelangt. Dieses Gremium erinnert nämlich an die "Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes", die in den Nachkriegsjahren als Dachverband für sämtliche politischen Richtungen gedient hatte und schließlich auch als organisatorisches Instrumentarium bei der Verwirklichung des von Mao ausgearbeiteten Konzepts der "Neuen Demokratie" wertvolle Dienste geleistet hatte. Die "Konsultativkonferenz" war - unter Beteiligung der KMT - bereits im Januar 1946 in Chungking zusammengetreten und hatte dort eine Reihe von Beschlüssen zum "friedlichen und demokratischen Wiederaufbau Chinas" gefaßt, die allerdings - angesichts der zwischen KMT und KPCh ausbrechenden Kämpfe - nicht verwirklicht werden konnten. Nachdem die Kommunisten um die Jahreswende 1947/48 zum strategischen Angriff übergegangen waren und dabei Siege errangen, schlug die KPCh am 1. Mai 1948 die Einberufung einer sog. "Politischen Konsultativ-Konferenz" vor, um damit den Weg für eine demokratische Koalitionsregierung zu ebneten. Am 15. Juli 1949 wurde die Errichtung des Vorbereitenden Ausschusses für ein solches Gremium angekündigt, und am 21. September 1949 fand die erste Plenarsitzung statt, diesmal ohne den "reaktionären Flügel" der KMT. Ein gemeinsames Programm wurde entworfen, demzufolge lokale Volksvertreterkonferenzen und Volkskongresse auf den verschiedenen Ebenen einberufen werden sollten, deren Aufgabe es war, die lokalen Regierungen zu wählen - *déjà vu* !

Gleichwohl sind die chinesischen Interessen gegenüber Vietnam nicht so eindeutig, wie es in diesem Zusammenhang auf den ersten Blick scheinen mag: Als Mitträger der Weltrevolution muß die VRCh allerdings daran interessiert sein, daß das vietnamesische Volk unter dem Zeichen des Sozialismus wiedervereinigt wird.

Als Nationalstaat mit herkömmlichen nationalen Zielen andererseits kann es der VRCh ganz unmöglich darum gehen, an seiner Südflanke ein machtvolles Indochina entstehen zu sehen, sei es nun sozialistisch oder nicht. Vietnam soll selbstverständlich kein Satellit Pekings, andererseits aber auch kein Staat sein, der sich eine von Peking völlig unabhängige Politik leisten kann.

In dieser widerspruchsvollen Situation, die durch ein Gegeneinander von revolutionären und nationalen Interessen gekennzeichnet ist, betreibt Peking eine zweiseitige Politik. Es unterstützt einerseits den Neun-Punkte-Plan, der ja aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine Wiedervereinigung Vietnams unter Führung Hanois hinausläuft, befürwortet aber andererseits den Standpunkt der

"vier Seiten und drei Völker Indochinas" (drei Völker: Vietnamesen, Khmer, Laoten; vier Seiten: die Regierungen von Kambodscha, Laos, Nord- und Südvietsnam), wie er bei der Gipfelkonferenz der Völker Indochinas im April 1970 formuliert wurde (11). Peking tritt m.a.W. dafür ein, daß die Völker von Laos und Kambodscha ihren eigenen Weg gehen können und nicht von Hanoi in einen indochinesischen Gesamtstaat miteinbezogen werden.

Um diese Ziele zu realisieren, ergreift Peking z.Z. eine Reihe von Maßnahmen:

1. Es weist immer wieder darauf hin, daß der Waffenstillstand, wie er im Neun-Punkte-Entwurf formuliert ist, nicht für ganz Indochina gelten könne, denn er berühre ja nur die "vier Seiten" Nordvietnam, Südvietnam, den Vietcong und die USA. Laos und Kambodscha seien an den Pariser Gesprächen nicht beteiligt und deshalb von den dortigen Vereinbarungen auch nicht tangiert (12).
2. China wird sich ferner an der in Artikel 6 des Neun-Punkte-Protokolls beteiligten Garantie-Konferenz über Vietnam sowie an einer eventuellen neuen Indochina-Konferenz beteiligen.

Was die Vietnam-Konferenz, die ja 30 Tage nach Waffenstillstand einzuberufen ist, anbelangt, so steht bisher nur fest, daß insgesamt acht Parteien daran teilnehmen (Sowjetunion, USA, VRCh, Frankreich, Großbritannien, Nordvietnam, Südvietnam, Provisorische Revolutionsregierung von Südvietnam) und daß diese Konferenz nicht, wie ursprünglich angenommen, in Paris stattfindet (13).

In seinem Interview mit skandinavischen Journalisten vom 9. November 1972 hat Chou En-lai ferner zum Ausdruck gebracht, daß China die Idee einer neuen Indochina-Konferenz unterstütze (14). Leider scheint Washington z.Z. mehr an Kontrollfragen (Wahl, Kontrolle des Waffenstillstandes etc.) interessiert als an einer solchen Konferenz! Auf keinen Fall umfasse der Waffenstillstand ganz Indochina, sondern betreffe nur das Gebiet von Vietnam. Für Laos böten sich die Vereinbarungen der Genfer Laos-Konferenz von 1962 als Verhandlungsbasis an. Im Falle Kambodschas seien die Probleme wesentlich schwieriger: "Mit wem kann man da schon reden?" Ganz anders als die Regierung in Saigon kann also die jetzige Lon Nol Regierung als Verhandlungspartner nicht in Frage kommen! Einzig und allein die Nationale Einheitsfront von Kambodscha unter der Leitung Norodom Sihanouks kommt hier also in Frage!

Die Teilnahme an beiden Konferenzen wird China den nötigen Einfluß sichern, um sich auf die eine oder andere Weise für Laos und Kambodscha stark zu machen.

3. Im übrigen versäumt Peking keine Gelegenheit, um die Vertreter von Laos und Kambod-

scha immer wieder selbst zu Wort kommen zu lassen. (Erfahrungsgemäß drucken die Chinesen Erklärungen ausländischer Staatsmänner kommentarlos nur dann in offiziellen Organen nach, wenn sie diesen Erklärungen inhaltlich zustimmen. Hierin liegt m.a.W. eine indirekte "Unterstützung". Es handelt sich also hierbei nicht nur um Erklärungen Sihanouks, sondern auch um Stellungnahmen Pekings!) Die Chinesen kennen sehr wohl die massive Präsenz nordvietnamesischer Truppen in Kambodscha (60 000) und in Laos (100 000) (15). Gleichzeitig müssen sie aber auch darauf bedacht sein, daß die Sowjetunion nicht zu starken Einfluß in Laos und Kambodscha gewinnt und dadurch die dort z.Z. etablierten Regierungen effektiv unterstützen kann. Insofern ist also eine Art Zwei-Fronten-Kampf zu führen, der sich offen gegen die Sowjetunion und "durch die Blume" gegen Hanoi richtet.

a) Besonders deutlich wird dies im Falle Kambodschas, bei dem die Dividenden für die Sihanouk-Investitionen nun sich auszuzahlen beginnen.

- Am 20. Oktober brachte Hsinhua (16), stellvertretend für Sihanouk, scharfe Ausfälle gegen den sowjetischen Vertreter bei der UNESCO, der so weit gegangen sei, für die Teilnahme der "Lon Nol Clique" an diesem Gremium zu stimmen. Bis jetzt habe sich die Sowjetunion geweigert anzuerkennen, daß die Nationale Union von Kambodscha (NUK) die einzige legale Regierung Kambodschas sei. TASS habe die NUK sogar als "eine Regierung im Exil" und Samdeh Norodom Sihanouk als "früheren Staatschef Kambodschas" bezeichnet. Andererseits halte Moskau die diplomatischen Beziehungen zu der Lon Nol Clique aufrecht und gewähre ihr sogar noch Wirtschaftshilfe. "Das Verbrechen des Sowjetrevisionismus, im geheimen Einvernehmen mit der Lon Nol Clique sich gegen das kambodschanische Volk zu stellen, wird mit Sicherheit auf den Widerstand der Völker in der ganzen Welt treffen".

- In einem weiteren Bericht vom Oktober (17) gab Hsinhua ein Kommuniqué über Gespräche Sihanouks in Hanoi wieder, in dem zum Ausdruck kommt, daß "beide Seiten, nämlich Kambodschaner und Nord-Vietnamesen, nach wie vor ohne Einschränkung an jener gemeinsamen Erklärung der Gipfelkonferenz der Völker Indochinas festhielten, in der es u.a. heißt, daß die Probleme jedes indochinesischen Landes ausschließlich von seinem eigenen Volk gelöst werden müßten. Dies sei ein "heiliges und unveräußerliches Recht". Das kambodschanische Problem müsse in Einklang mit der Fünf-Punkte-Deklaration Sihanouks vom 23. März 1970 und des politischen Programms der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha gelöst werden, wobei jegliche ausländische Einmischung zu vermeiden sei.

- Anlässlich des 50. Geburtstages von Sihanouk brachte Hsinhua (18) am 30.10. einen aus 1600 Worten bestehenden Bericht sowie eine Zusammenfassung der Rede des kambodschanischen Staatsmannes. Kambodscha "werde niemals ein internationales Abkommen verwirklichen, das in Gesprächen zustande gekommen sei, an denen es nicht selbst teilgenommen habe." Es sei allein Aufgabe der "Nationalen Union von Kambodscha", der "Königlichen Regierung der Nationalen Union von Kambodscha", der "Nationalen Volksbefreiungstreitkräfte von Kambodscha" sowie von Samdeh Norodom Sihanouk, sich um die Lösung der kambodschanischen Frage zu kümmern.

- Nur wenige Tage später brachte Hsinhua erneut eine Erklärung der Königlichen Regierung der NUK zum 19. Jahrestag der Unabhängigkeit des Landes. Bis zum Sturz des damaligen Staatspräsidenten Sihanouk am 18. März 1970 habe Kambodscha eine Politik der Unabhängigkeit, des Friedens und der Neutralität verfolgt. Nach dem Staatsstreich Lon Nols habe sich eine Befreiungsfront und eine Exilregierung gebildet, die den Kampf um die Rettung des Vaterlandes aufgenommen habe und inzwischen fast 90% des Landes zurückerobert habe. Alle wichtigen Straßen seien unter Kontrolle der Befreiungsfront, und Lon Nol kontrolliere lediglich noch die Hauptstadt Phnom Penh und einige Provinzhauptstädte. Außerdem unterhalte die Königliche Regierung mit fast 30 Staaten diplomatische Beziehungen.

Die NUK weise ausdrücklich darauf hin, daß eine eventuelle Friedensregelung zwischen Vietnam und den USA sich niemals auf Kambodscha erstrecken dürfe. Kambodscha werde niemals einen Kompromiß mit den USA eingehen und niemals ein internationales Abkommen aufgrund von Verhandlungen abschließen, an denen es nicht selbst teilgenommen hat. Im Hinblick auf seine Souveränität berufe sich die NUK ausdrücklich auf die Erklärung der Gipfelkonferenz der Völker Indochinas vom 25. April 1970.

Auch Mitglieder jener Internationalen Kontrollkommission, die gemäß dem "Neun-Punkte-Protokoll" aufgestellt werden soll, hätten in Kambodscha nichts zu suchen. Falls solche Kontrolleure trotzdem die territoriale Integrität Kambodschas verletzen, würden sie als Invasoren betrachtet und vom kambodschanischen Volk entsprechend behandelt. Die Lösung des kambodschanischen Problems könne nur auf der Grundlage der Fünf-Punkte-Erklärung des Staatsoberhauptes von Kambodscha, Sihanouk, vom 23. März 1970 und des politischen Programms der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha gelöst werden.

Diese Fünf-Punkte-Erklärung hat folgenden Wortlaut:

a) Sihanouk löst "unwiderruflich die Regie-

rung Lon Nol und die beiden Parlamentskammern auf, die ihren Schwur auf die Verfassung des Königreichs verraten haben.”

- b) Aufforderung an alle Kambodschaner, die Gesetze, Befehle und Mitteilungen der Lon Nol - Sirik Matak - Clique nicht anzuerkennen.
- c) Bildung einer neuen Regierung.
- d) Bildung einer Nationalen Befreiungsarmee.
- e) Bildung einer "Nationalen Union von Kambodscha", welcher alle im In- und Ausland lebenden Khmer angehören sollen, die bereit sind, für Unabhängigkeit, Demokratie, Neutralität, Fortschritt, Sozialismus, Buddhismus und Nationalismus einzutreten sowie gegen Imperialismus und Neokolonialismus zu kämpfen (20).

Das Ziel des "politischen Programms der Nationalen Einheitsfront" ist es, "eine möglichst breite nationale Union herbeizuführen, um alle Manöver und Aggressionen der US-Imperialisten zu bekämpfen, die Diktatur ihrer Lakaien mit Lon Nol und Sirik Matak an der Spitze zu stürzen und ..... ein gedeihendes Kambodscha aufzubauen". (21) Unter anderem soll der Buddhismus als Staatsreligion erhalten, das Privateigentum gewahrt und die nationale Bourgeoisie geschützt bleiben. In der Außenpolitik strebt die NUK einen Kurs der "nationalen Unabhängigkeit, des Friedens, der Neutralität und der Nicht-Pakt-Gebundenheit" an.

- Schon einen Tag später druckte Hsinhua (22) erneut eine Erklärung der Exilregierung und der Befreiungsfront Kambodschas nach, in der hervorgehoben wird, daß die Zustände in Kambodscha mit denen in Vietnam nichts zu tun hätten und daß das kambodschanische Volk bis zum endgültigen Sieg gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien in Phnom Penh weiterkämpfen werde.

Man darf mit Sicherheit davon ausgehen, daß gerade in den kommenden Wochen und Monaten, da die Vietnam-Frage ihrer Lösung entgegengeht, Sihanouk mit seinen kambodschanischen Souveränitätsansprüchen permanent von den Chinesen in den Vordergrund geschoben wird.

- Die "Drei Völker"-Formel soll nach chinesischer Auffassung freilich nicht nur den Kambodschanern, sondern auch den Laoten zugutekommen.

Wie Peking sich die Lösung des Laos-Problems vorstellt, wird in einem Artikel der Volkszeitung vom 22. Oktober deutlich, wo ein Stufenplan des Pathet Lao für die Wiedervereinigung von Laos nachgedruckt wird. Danach haben sich zunächst einmal alle amerikanischen Streitkräfte sowohl aus Laos als auch von den Militärbasen Thailands zurückzuziehen. Laos soll zu einem neutralen Lande im Sinne der Abmachungen der Genfer Konferenz von 1962 werden. Eine Provisorische Volksfront-Regierung und eine Konsultativ-Kon-

ferenz des Volkes sind zu errichten.

- Die Koalitionsregierung habe aus drei Elementen zu bestehen, nämlich aus Mitgliedern der Patriotischen Front von Laos (d.s. die kommunistischen Kräfte), ferner aus patriotischen Einzelpersonen sowie schließlich aus "Vientiane-Vertretern" (sind damit Mitglieder der jetzigen Regierung gemeint?)
- Die Politische Konsultativ-Konferenz soll sich aus den verschiedenen Bevölkerungsteilen, den verschiedenen Religionen und aus sämtlichen Schichten der Gesellschaft rekrutieren. Aufgabe der Konferenz sei es, ein Wahlgesetz auszuarbeiten und eine nationale Koalitionsregierung zu wählen.

Alle Feinde innerhalb und außerhalb des Landes sollen unterdrückt werden. Außerdem gelte es, sämtliche politischen Gefangenen freizulassen. Ein Organ, dem es aufgegeben ist, die Feuerstellungen im ganzen Lande zu überwachen, solle errichtet werden, wobei dieser Prozeß von einem internationalen Kontrollausschuß überwacht wird, wie er bei der Genfer Konferenz von 1962 vereinbart wurde. Sodann habe das Königreich von Laos Beziehungen mit anderen Staaten gemäß den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu errichten.

All das klingt bekannt. Handelt es sich doch hier um nichts anderes als eine Neuauflage jenes Macht-ergreifungsschemas, das seinerzeit in der Volksrepublik China bereits so gute Dienste geleistet hatte. Sollten die Ereignisse also nach den Vorstellungen Pekings verlaufen, so würde in Laos ein von Hanoi unabhängiges kommunistisches Regime entstehen. Schon heute sind ja drei Viertel des laotischen Territoriums von kommunistischen Kräften besetzt, (100 000 Nordvietnamesen!) die freilich weitgehend von Hanoi kontrolliert werden.

Angesichts dieser Situation kann es - aus der Sicht Pekings - nicht schaden, wenn auch die Vientiane-Regierung kräftig gegen Hanoi mitmischte. Am 28. Oktober traf der laotische Ministerpräsident, Souvanna Phouma, nach Gesprächen mit Nixon und Kissinger, in Paris ein und erklärte, daß China bei der Beilegung des Vietnam-Konfliktes eine wichtige Rolle spielen werde. Im übrigen dürfe nach Inkrafttreten eines Waffenstillstandes der Ho Chi Minh-Pfad, der unter anderem auch durch Laos verläuft, nicht mehr als Nachschubweg für die in Südvietnam verbleibenden Truppen verwendet werden. Eine internationale Kontrollkommission, der möglichst nicht nur die drei bisherigen Staaten Indien, Kanada und Polen angehören sollten, hätten die Einhaltung dieser Forderung zu überwachen. Ferner müßten sämtliche nordvietnamesischen Truppen, die z.Z. noch auf laotischem Gebiet stationiert seien, das Land verlassen. Dies gelte auch für die in Laos kämpfenden Thai-Verbände sowie für das amerikanische technische und militärische Beraterpersonal (24).

Peking scheint mit diesen Forderungen, die als nationale Forderungen ja auch vom Pathet Lao vertreten werden, vollauf einverstanden zu sein,

obgleich Souvanna Phouma bestimmt nicht zu seinen Favoriten gehört. Immerhin ist es auffällig, daß die Regierung in Vientiane - ganz im Gegensatz zum Lon Nol-Regime in Phnom Penh - in letzter Zeit weitgehend von chinesischen Invektiven verschont blieb.

Für Hanoi lassen diese Hinweise wohl kaum an

- 1) C.a. Mai 72 S.14 mit näheren Ausführungen
- 2) PRu 1972 Nr.44 S.6
- 3) Abgedruckt in PRu 1971 Nr.28 S.18-20
- 4) Abgedruckt in PRu 1972 Nr.44 S.8-11
- 5) Ebenda S.10
- 6) NZZ 2.11., Welt 2.11.
- 7) Abgedruckt in FAZ 30.10.
- 8) Spiegel 13.11. S.41
- 9) Ebenda
- 10) NZZ 13.11.
- 11) PRu Sondernr. vom 12.5.1970 S.3 ff.
- 12) JMJP 30.10.

Deutlichkeit zu wünschen übrig. Wird es sie auch beachten? Seine Truppen stünden im Falle der Unterzeichnung des Neun-Punkte-Abkommens denkbar günstig. Es wird sich zeigen müssen, ob die schon von Ho Chi Minh gehegten Pläne zu einer Vereinigung ganz Indochinas unter Hanoi stärker sind als die Befürchtung, sich die Mißgunst des nördlichen Nachbars zuzuziehen.

we

- 13) IHT 14.11.
- 14) FAZ 13.11.
- 15) NZZ 2.11.
- 16) NCNA 20.10.
- 17) NCNA 28.10.
- 18) NCNA 30.10.
- 19) NCNA 9.11.
- 20) PRu 1970 Nr.13 S.14-16 (15)
- 21) PRu 1970 Nr.20 S.7 ff.
- 22) NCNA 11.11.
- 23) Weitere Stellungnahme Peking's zu Laos in PRu 1972 Nr.42, S.5ff und 19f
- 24) NZZ 1.11.

### Die Traktorenindustrie Chinas

Nach Beendigung der Sozialisierung bzw. Kollektivierung auf dem Lande im Jahre 1958 - Gründungsjahr der Volkskommunen - trat die Technisierung bzw. die Mechanisierung der Landwirtschaft in China immer deutlicher in den Vordergrund. Denn in vieler Hinsicht schafft gerade die Volkskommune die Voraussetzungen für die Mechanisierung durch: vergrößerte Betriebe, Möglichkeit der Kapitalakkumulation, rationelle Einsetzung der Arbeitskräfte usw. Jedoch wurde der Mechanisierungsprozeß infolge einer durch Naturkatastrophen bedingten Wirtschaftskrise (1960-1962) so beeinträchtigt, daß er erst mit Beginn der Kulturrevolution (1965) allmählich in Gang kam. In diesem Zusammenhang erscheint es sinnvoll, die Entwicklung der Traktorenindustrie Chinas als Grundlage der Mechanisierung und ihren Produktionsstand soweit möglich zu beobachten, um ein relatives Bild dieses Modernisierungsprozesses zu gewinnen.

Der Bau der ersten chinesischen Traktorenfabrik in Loyang, Provinz Honan, wurde mit sowjetischer Hilfe im Jahre 1955 begonnen und 1959 fertiggestellt (1). Die Kapazität dieser bisher größten Traktorenfabrik Chinas ist durch eine geplante Jahresproduktion von 15 000 Raupenschleppern (75 PS) im Jahre 1959 gekennzeichnet (2). Heute hat sie insgesamt 23 000 Arbeiter und produziert 29 200 Traktoren jährlich, wovon 18 250 Raupenschlepper sind (3). Auch in der schlechten Zeit von 1960 bis 1962 wurden vier weitere Traktorenfabriken in Tientsien (Provinz Hopei), Anshan und Shenyang (Provinz Liaoning) und Nanch'ang (Provinz Kiangsi) fertiggestellt (4). Darüber hinaus wurden zahlreiche vorhandene Maschinenfabriken und Autoreparaturwerkstätten in Kuangchou (Provinz Kuangtung), K'unming (Provinz Yünnan), Harbin (Provinz Heilung-

kiang), Ch'ang-ch'ün (Provinz Kirin), Wuhan (Provinz Hupei) und Shanghai zusammengeschlossen und zu Traktorenfabriken umgestaltet (5).

King-jen jih-pao vom 19.8.1965 berichtet, daß die Traktorenproduktion Chinas nach dem "Großen Sprung nach vorn" auf 9 Typen beschränkt worden sei. Im Jahre 1966 gab es in China jedoch 13 standardisierte Typen in Serienproduktion (6). Während und nach der Kulturrevolution sollen die nach 1959 bzw. nach dem "Großen Sprung nach vorn" eingestellten lokalen Traktorenproduktionen möglichst wieder in Gang gesetzt werden.

Unsere Tabelle umfaßt die seit Anfang der Kulturrevolution (1965) bisher in 18 Provinzen und 3 Autonomen Gebieten hergestellten 46 neuen Traktorenmodelle, ohne die in diesem Zeitraum überall in China produzierten zahlreichen neuen Achsenslepper hinzuzurechnen. Davon sind 21 Modelle, einschließlich der über 70 PS starken Traktoren, von den bekanntesten Traktorenfabriken in 18 chinesischen Industriestädten entwickelt worden (diese 18 Städte sind in der Tabelle durch ein Kreuz gekennzeichnet). Bei dem Rest handelt es sich wahrscheinlich um Montageprodukte. Z.B. wurde der in dem Autonomen Gebiet Innere Mongolei hergestellte "Hung-t's'ao-yüan-50", wie Jen-min jih-pao unter dem 21.10.70 berichtet, mit "gewaltiger Hilfe" von über 20 Fabriken in Pao-t'ou, Huhehot, Shanghai und Tientsien zustandegebracht.

Insgesamt verfügte China, das 1 600 Mio. mou (107,2 Mio. ha) Ackerland besitzt, 1949 über 401, 1953 über 2.719 und 1955 über 8 094 Traktoren (7). Da die genannte Traktorenfabrik in Loyang schon ab 1956 teilweise in Betrieb genommen wurde, hat sie sehr wahr-